

Notizen von der Querfront

(Mai `25)

Der 8. Mai (I)

Wie mogelten sich die Querfront-Parteien durch den 80. Jahrestag des 8. Mai? Die als „gesichert rechtsextremistisch eingestufte“ AfD war während der Feierstunden vor eine schier unlösbare Aufgabe gestellt: Einerseits durfte die ‚Partei mit dem „Vogelschiss“‘ den Tag nicht als ‚Befreiung‘ begehen, versucht sie doch seit Jahren das historische Datum als kolossale nationale ‚Niederlage‘ nach Lesart *vor* Weizsäcker `85 rückabzuwickeln.

Andererseits steht die Partei bei der russischen Aggression gegen die Ukraine in unverbrüchlicher Loyalität zu Putin. Der jedoch seinen Überfall auf das Nachbarland mit einem antinazistischen Motiv als wachsame Verlängerung des Großen Vaterländischen Krieges abzufeiern pflegt.

Damit wurden die Geschichtsrevisionisten Höcke, Gauland & Co gleichsam agitatorisch schachmatt gesetzt, ganz gleich in welche Richtung sie Ausflucht zu nehmen versuchten. Noch vor zwei Jahren waren die AfD-Oberen in die Falle des 8. Mai geraten. Während Tino Chupalla auf der WK II-Siegesparty an der Seite von Putins Schröder und Honeckers Egon Krenz in der Russischen Botschaft mitbecherte, beweinte seine Co Alice Weidel das Flüchtlingsschicksal ihres Vaters, um gleichzeitig an Weizäckers in Stein gemeißelter Formel vom „Tag der Befreiung“ herum zu sägen.

Der 8. Mai (II)

Derweil echauffierten sich Wagenknechts Looser über die Aus- oder Nichteinladung der russischen und belarussischen Botschafter vom 8. Mai-Gedenken des Deutschen Bundestags, solange diese die

freigewählte ukrainische Regierung mit einem Naziregime gleichsetzen und für den Vernichtungskrieg gegen den Nachbarstaat den Zweiten Weltkrieg instrumentalisierten. Ebenso hatte der Berliner Senat grundsätzlich eine Teilnahme von Senatsvertretungen an Veranstaltungen der Russischen Föderation bzw. von Belarus ausgeschlossen. An den Seelower Höhen, wo noch kurz vor der Einnahme Berlins durch die Rote Armee ein grausames Massensterben stattgefunden hatte, drängte sich dennoch Putins ungebetener Botschafter in die vorderste Gedenkfront. Während beim „Elbe-Day“ in Torgau, wo einst am Kriegsende der berühmte sowjetisch-amerikanische Handshake in die Geschichtsbücher einging, der ansonsten so russlandgnädig gestimmte Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, mit einer deutlichen Kritik an Putins Angriffskrieg überraschte.

Bei der Bundestagswahl gerade knapp gescheitert, nahm Parteigründerin Wagenknecht die hiesigen Reserven und Verbote zum Anlass, der neuen Bundesregierung allen Ernstes „Kriegsvorbereitungen“ zu unterstellen. „Dieses unwürdige Gedenken passt leider zu dem neuen deutschen Zeitgeist, der uns mental auf den nächsten Krieg mit Russland vorbereiten will“.

Selbst „Krücken aus der Opposition“ seien nötig gewesen, um den neuen „Aufrüstungskanzler“ ins Amt zu hieven. Es wäre ihr wohl lieber gewesen, wenn die Querfront gestanden und dadurch die Zweidrittelmehrheit für die nötige Geschäftsordnungsrechtsänderung zur Abhaltung eines zweiten Wahlgangs am selben Tag hätte verhindert werden können. *Merke:* Im Kampf gegen den „Weltkriegskanzler“ Merz scheint Sahra Wagenknecht die engagierteste Brandmauer-Stürmerin zu sein. Die Querfront – sie lebt also, mit und ohne Bundestagsmandat.

Dafür nahmen die Lafontaine-Spezis Sevim Dagdelen und Klaus Ernst, früherer SPD-Abspalter und WASG-Gründer, an der Feier des „Sieges über den Hitler-Faschismus“ in der Russischen Botschaft teil. Mit dabei auch - wie gewohnt – der „mit den großen Zähnen“, Egon Krenz,

(siehe: *Transparent vom 4. November `89 auf dem Alexanderplatz!*) Er wollte mit der umstrittenen Teilnahme Russland seinen Dank abstat- ten dafür, nicht im Faschismus geboren und aufgewachsen zu sein, schwadronierte Putin-Versteher Ernst in gängigem Antifa-Jargon. Eben solchen Dank untersagte er sich gegenüber den Westalliierten und Normandie-Kämpfern, die ihm ein Leben in der Demokratie und jene Freiheit erst ermöglichten, solche pro-russischen Tiraden unge- straft artikulieren zu dürfen.

Vor den pro-russischen Aufmärschen am stalinistischen Ehrenmal in Berlin-Treptow verhängte das Verwaltungsgericht Berlin ein Flaggen- verbot. Begründung: Angesichts des „fortdauernden Angriffskrieges“ Russlands gegen die Ukraine komme „sowjetischen Flaggen eine Be- deutung zu, die geeignet sei, Gewaltbereitschaft zu vermitteln“. Der „suggestiv-militante Eindruck eines Siegeszugs“ hätte die „Würde der Opfer“ und den „öffentlichen Frieden“ gefährden können. Eine „Sym- pathiebekundung für die Kriegsführung Russlands“ wollte das Gericht nicht durchgehen lassen.

Der 8. Mai (III)

“Wer heute einen Angriffskrieg führt, sollte im Namen dieses Staates nicht an Gedenkfeiern teilnehmen.“ Dieser schlüssige Satz stammt nicht etwa von Roderich Kiesewetter (CDU), Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sondern von Wulf Gallert aus der wiederauferstandenen Partei Die Linke, über viele Jahre Landtags-Vizepräsident und Oppositions- führer in Sachsen-Anhalt. Sucht die Linke nach Lafontaine und Wa- genknecht Abstand von ihrem zählebigen Putinismus zu gewinnen?

In Gregor Gysis beschämender Rede als Alterspräsident vor dem Deutschen Bundestag war jedenfalls davon noch nicht viel zu spüren. So forderte er von der deutschen Politik „mehr Deeskalation, Interes- senausgleich und Diplomatie“ und eine weltweite Ächtung von „pri- vaten“ (!) Rüstungsfirmen, die an Kriegen verdienten. In dieser

altlinken Verschrobenheit kamen solche Länder gar nicht vor, in denen der Staat die Rüstungsindustrie lenkt, Regime, die zu den größten Kriegstreibern dieser Erde zählen - wie zum Beispiel Russland oder China, Nordkorea oder der Iran.

Immerhin hatte sich Parteichef Jan van Aken im Wahlkampf von der erschreckenden Kreml-Nähe des abgespaltenen Bündnisses zu distanzieren versucht. Und Heidi Reichinnek, die kesse Medienentdeckung, erklärt neuerdings vollmundig, ihre Partei stehe auf der Seite der überfallenen Ukraine, was normalerweise für eine linke Partei mit emphatischer Opferorientierung eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Zudem ließ die Linke als Koalitionspartner in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat die neuen Schuldenpakete passieren, ungeachtet der darin enthaltenen Rüstungspläne, die ihre frühere parteiinterne Widersacherin noch immer auf die Palme bringt, ohne dabei demoskopischen Aufwind erzielen zu können.

Van Aken kritisierte auch den schamlosen Umgang Trumps im Weißen Haus gegenüber Selensky und nannte dessen Friedensplan als völlig unannehmbar für die pausenlos attackierte Ukraine: "Was die USA hier machen, sind keine Friedensverhandlungen, sondern ein Deal mit Putin."

Wagenknecht sah dagegen in Trumps verlogener Kapitulationsprojekte eine „echte Chance auf dem Weg zu einem Verhandlungsfrieden.“ Wer meine, der Krieg könne erst beendet werden, wenn die Ukraine die Krim zurückerobert habe, leide an „pathologischem Realitätsverlust“. Aber vielleicht leidet ja die stagnierende Parteigründerin an pathologischer Nibelungentreue einem Kriegsverbrecher gegenüber.

